

KOMMENTAR

Alle Macht den Wutbürgern!

Die Initiative "Mehr Demokratie" will eine neue Verfassung. Nützen würde das nur den Wohlhabenden, Gebildeten, Artikulationsfähigen

Dass der Stadtstaat Hamburg abgeschafft, dass die repräsentative Demokratie beseitigt werden solle - das klingt so schrill, dass vorweg ein Hinweis nötig ist: Der Verein Mehr Demokratie, der die Hamburger Verfassung umbauen will, würde seine Ziele nicht so beschreiben. Das ändert aber nichts daran: In drei Jahren soll abgestimmt werden, es geht um die Zukunft des Landes und der repräsentativen Demokratie.

Allein der Akteur, mit dem Hamburg es zu tun bekommt, spricht dafür, seine Pläne ernst zu nehmen. Mehr Demokratie ist ein ungeheuer erfolgreicher politischer Spieler, kampagnenfähig, sachkundig, mit langem Atem. In Hamburg gehen das Wahlrecht, die Möglichkeit zu Volksentscheiden und das Transparenzgesetz auf ihn zurück. Bisweilen haben Landesparlamente mit dem Verein Kompromisse ausgehandelt, was weniger auf plötzlich gewandelte Überzeugungen als darauf hindeutet, dass die Abgeordneten ihre Lage erkannten: Besser einen Kompromiss hinnehmen, als alles zu verlieren.

Was also will Mehr Demokratie? Vor allem zwei Dinge: Es will die Bezirke in eigene Städte verwandeln, mit allen Rechten. Und es will Volksentscheide in beliebigen Fragen zulassen, insbesondere zum Haushalt. Das erste Anliegen muss man nicht dramatisch finden: Der Stadtstaat ist nicht die einzige Daseinsform benachbarter Verwaltungseinheiten, wie man im Ruhrgebiet sehen kann - auch wenn das zum Erfolgsmodell kaum taugt. Das zweite Vorhaben aber wäre das Ende der repräsentativen Demokratie. Wenn Abgeordnete nur noch nachvollziehen, was Volksabstimmungen ihnen vorgeben, dann braucht das Land keine Politiker mehr, nur noch Beamte.

Nicht so schlimm? Ist doch viel demokratischer, wenn das Volk direkt entscheidet?

Wer Parlamente gegen die Volksgesetzgebung verteidigen will, sollte mit einem Eingeständnis beginnen: Die repräsentative Demokratie ist manchmal eine traurige Veranstaltung. Ein Beispiel ist das Planungsdesaster um die Elbphilharmonie. Die Landesregierung hatte damals eine Steuerungseinheit für das Bauvorhaben installiert, die einerseits mit dieser Aufgabe und andererseits mit politischen Vorgaben überfordert war: Die Kosten sollten niedriger erscheinen, als sie es tatsächlich waren. Im Ergebnis hat eine Exekutive eine überforderte Legislative an der Nase herumgeführt und so ein Vorhaben durchgesetzt, das nach einer seriösen Ermittlung der Kosten nicht mehrheitsfähig gewesen wäre.

Wer verhindern will, dass gewählte Volksvertreter die Übersicht verlieren, für den liegt ein Ausweg nahe: Man holt besser bezahlte hauptberufliche Politiker in die Parlamente. Was sicher nicht hilft: einem Landtag Befugnisse zu entziehen und Macht in die Kommunen zu verlagern, deren ehrenamtliche Räte dem Herrschaftswissen der Verwaltung noch weniger entgegensetzen können.

Was Hamburg droht, wenn Haushaltsfragen in Volksabstimmungen entschieden werden, deutet sich in den Konflikten um die Schulpolitik an. Auch dies ist ein Feld, auf dem die repräsentative Demokratie oft versagt hat. Traditionell zieht ein Regierungswechsel den Umbau des Schulsystems nach sich, dem mit Kontinuität und vorsichtigen Korrekturen meist besser gedient wäre. Selten aber hat eine Regierung mit solcher Rücksichtlosigkeit ein Schulsystem erzwungen, in dem sich Chancen oben und Probleme un-

ten häufen, wie es in Hamburg vor sechs Jahren eine Bürgerbewegung tat. Dem Parlament bleibt nun kaum mehr übrig, als das Elend zu verwalten, das es nicht ändern kann.

Das ist durchaus ein systematisches Problem. "Auf die Barrikaden gingen vornehmlich Bürger mit hoher Bildung, ordentlichem Einkommen, vielseitigen sozialen Kontakten, anspruchsvollen Berufstätigkeiten", schreibt der Politikwissenschaftler Franz Walter über das neue Protestbürgertum. "Dass der gleichen Ressourcenstärke stets eine solide Voraussetzung dafür war, Interessen robust auch gegen rivalisierende Ansprüche durchzusetzen, ist historisch gewiss alles andere als neu." Es passt ins Bild, dass das gleiche Protestmilieu mit der G-9-Initiative gerade die Gymnasien auf Kosten der Stadtteilschulen weiter aufwerten und so wiederum Chancen und Ressourcen von unten nach oben verlagern will.

Nicht das Volk als Ganzes, sondern die Gebildeten, Artikulationsfähigen profitieren von der Volksgesetzgebung: Alle Macht den Campaignern! Wenn Haushaltsfragen in dieser Weise entschieden werden, sind neue Projekte leicht vorstellbar. Warum nicht den Hebesatz für die Grundsteuer verringern?

Schlecht für den Haushalt - aber gut für die Besitzer wertvoller Wohnungen und Häuser. Kalifornien hat sich bis heute nicht von einem Volksbegehren aus den siebziger Jahren zur Verringerung der Grundsteuer erholt. Die Idee, das Volk sei zu sozial oder zu vernünftig, um derlei zu beschließen, ist durch die Praxis der direkten Demokratie längst widerlegt.

VON FRANK DRIESCHNER

© 2014 PMG Presse-Monitor GmbH